



Haushalts-Rede der GABL-Fraktion zum Haushalt 2013, 13.11.2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei der Einbringung des Haushalts durch Herrn Dr. Vonderheid konnte man fast den Eindruck gewinnen, als ob die schlimmsten Zeiten vorbei seien und es uns eigentlich finanziell wieder gut geht. "Uneigentlich" offenbart der schriftliche Teil des vorliegenden Haushaltsplanes jedoch ein ganz anderes Bild:

Von Schuldenabbau sind wir weiter denn je entfernt, ganz im Gegenteil, immer neue Schulden werden von heute rund 70 Millionen auf einen Rekord-Schuldenstand von 86 Millionen Ende 2015 ansteigen.

Das Resümee aus dem Vorbericht lautet daher auch folgerichtig:

- *Der strikte Konsolidierungskurs muss weiter betrieben werden*
- *Die strukturellen Probleme des städtischen Haushalts bestehen weiter*

Leider sieht man es dem vorgelegten Verwaltungshaushalt nicht unbedingt an, dass dieses Resümee auch ausreichend beherzigt wurde.

Lassen Sie mich nun auf einige Punkte des Haushaltes eingehen.

Die **Organisations-Untersuchung** bietet uns umfangreiche Chancen. Hierzu muss der Gemeinderat den Untersuchungsauftrag noch detailliert festlegen. Wer im Vorfeld dieser Festlegung im Zusammenhang mit der Organisations-Untersuchung von Stellenstreichungen spricht, hat den Sinn dieser Untersuchung allerdings gründlich missverstanden: Für uns ist wichtig, dass die Untersuchung die Mitarbeiter stärkt und nicht Angst und Schrecken verbreitet wird. Dazu bedarf es einer konsequenten Einbeziehung der Mitarbeiter in die Untersuchung und nicht nur der Vorgesetzten. Wir sehen die Schwerpunkte bei folgenden Punkten: Optimierung von Entscheidungsprozessen, Stärkung der Eigenverantwortung der Mitarbeiter, Abstimmung der Prozesse zwischen den verschiedenen Dezernaten. Damit wird eine Beschleunigung der Abläufe und eine Effizienzsteigerung erreicht.

Im **Bereich Bauhof** gibt es ja bereits erste Überlegungen, diese müssen fortgesetzt werden.

Thema Personal: Für das Jahr 2013 werden von der Verwaltung diverse neue Stellen und Stellenerhöhungen vorgeschlagen.

Mittragen werden wir diese im Bereich Ausbildung, Kämmerei, Schulsekretariate und Jugendmusikschule sowie die Aufstockung der Ingenieurstelle Stadtentwässerung und eine befristete Stelle im Gebäudemanagement. Für die anderen vorgeschlagenen Erhöhungen bedarf es vorab einer detaillierten Betrachtung im Rahmen der Organisationsuntersuchung.

Zum Punkt **Informationstechnik**: leider steigen in diesem Bereich die Kosten an. Es ist sicher nicht einfach, hier Einsparungen zu erzielen. Wir möchten, dass dieses Thema strukturell weiter im Blickfeld ist und Überlegungen angestellt werden, wie Einsparungen erzielt werden können. Die Verteilung der Kosten auf die Haushaltsstellen begrüßen wir im Grundsatz, da es die Transparenz erhöht. Zur Kostenkontrolle braucht man aber auch den Gesamtüberblick, d.h. die Gesamtkosten im Bereich Informationstechnik sollen in Zukunft im Haushaltsvorbericht dargestellt werden.

Einige Punkte, bei denen wir **Einsparmöglichkeiten und Einnahmenerhöhung** sehen möchte ich jetzt darstellen. Später werde ich noch auf weitere Punkte eingehen.

Windkraftanlage: Wenn das Gutachten eine positive wirtschaftliche Grundaussage hat und keine ökologischen Ausschlusskriterien aufzeigt, sollte sich die Stadt Leonberg am Windrad beteiligen und es als langfristige Geldanlage nutzen. Auch die Untersuchung weiterer geeigneter Standorte unterstützen wir. Die Bürger sollen sich an den Windkraftanlagen beteiligen können, das würde die Akzeptanz deutlich erhöhen. Daher soll sich die Stadt gegenüber dem Landkreis für eine Beteiligungsmöglichkeit von Stadt und Bürgern stark machen.

Große Einsparpotentiale liegen in den teils unverständlich **hohen Standards** bei städtischen Anschaffungen. Nur als ein Beispiel seien die Kosten der zwei Leinwände für den Rathaus-Sitzungssaal und die Gerhart-Hauptmann-Realschule genannt. Zusammen 11.600 € - das ist der Preis eines Kleinwagens - für zwei einfache Beamer-Leinwände! Nach unserer Recherche müssten die zum höchstens halben Preis zu bekommen sein. Die Stadt soll daher - nicht nur hier - Angebote einholen um Kosten zu reduzieren.

Viel zu hoch erscheinen uns auch die 10.000 € für **Werbemaßnahmen** zur Öffnung des Hallenbads. Die ganze Stadt wartet doch sehnsüchtig auf die Wiedereröffnung zum Ende nächsten Jahres, da muss doch wirklich niemand mehr für 10.000 € nochmal extra darauf hingewiesen werden.

Die Verwaltung möchte künftig 100.000 € pro Jahr (davon die Hälfte neue Personalkosten) zusätzlich für **Baumkontrollen im Außenbereich** ausgeben. Zu diesem zusätzlich zu kontrollierenden Gebiet gehört weder das Stadtgebiet, noch der Wald, noch die Gehölze entlang von Gewässern - die Pflege dieser Bäume wird ja bereits von bestehenden Haushaltsstellen abgedeckt. Trotz Nachfrage konnte niemand erläutern, wie viele Bäume dann überhaupt noch übrig sind, die hier zusätzlich kontrolliert werden sollen. Hinzu kommt, dass nach Auskunft der Verwaltung im Außenbereich Haftungsansprüche per Gesetz ohnehin ausgeschlossen sind. Dies wurde auch erst kürzlich durch ein BGH-Urteil nochmals bekräftigt. Lediglich bei untypischen Gefahren, wie z.B. Fällarbeiten, müsste gehaftet werden. Die Häufigkeit und der Umfang der neu geplanten Maßnahmen im Außenbereich sei daher geringer als im Innenbereich, so die Verwaltung.

Zusammenfassend muss also festgestellt werden, dass ganz offensichtlich kein zusätzlicher Bedarf von künftig 100.000 € pro Jahr bestehen kann. Diese Mittel sind daher zum Teil zu streichen und insgesamt mit einem Sperrvermerk zu belegen, bis die Bedarfslage eindeutig geklärt werden kann.

1. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Haushaltsberatungen in unserer Großen Kreisstadt Leonberg sind für Verwaltung und Gemeinderat schon immer eine besondere Herausforderung gewesen. **Zwischen dem Anspruch, die Aufgaben eines Mittelzentrums wahrnehmen zu können und der Realität der Finanzmittel**

klafft heute wie früher eine gewaltige Lücke. Unsere Aufgabe ist es, die Stadt und ihre Ortsteile **attraktiv für Menschen, für Familien mit Kindern und dem durch die Demographie zunehmenden Anteil älterer Menschen** zu machen. Um diese Aufgabe zu lösen, können und dürfen wir nicht auf Pump und Schulden leben. Die zunehmende Verschuldung auf bald 80 Millionen Euro verursacht nicht nur jährliche Zinsbelastungen in Millionenhöhe, sondern engt Jahr für Jahr die Spielräume und Handlungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik weiter ein. Wer und welche nachfolgenden Generationen sollen diesen Schuldenberg abtragen? Leonberg für die Bewohner attraktiv zu halten, das erfordert einen **sozialen und ökologischen Ausgleich** in der Stadt und den **schrittweisen Abbau der Verschuldung.**

2. Investitionen wollen wir gezielt in den Bereichen Bildung und Soziales. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist eine vordringliche Maßnahme. Auch in Leonberg fehlen noch viele Betreuungsplätze. In den vergangenen Jahren ist der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze zu zögerlich angegangen worden, jetzt läuft uns einerseits die Zeit davon und zum anderen entstehen Konflikte mit der Realisierung anderer sozialer Projekte wie beispielsweise einem Mehrgenerationenhaus.

Seit 2012 sind Land und Kreis wieder in die Finanzierung der Jugendsozialarbeit an Schulen eingestiegen. Diese zusätzlichen Mittel sind in der Stadt aber zur Sanierung des städtischen Haushaltes verwendet worden. Die Aufstockung der Schulsozialarbeit erfolgte durch Streichung von Stellen in anderen Bereichen der Jugendarbeit. Diese Streichung hat zu drastischen Einschränkungen des offenen und mobilen Angebots an die Jugendlichen geführt. Wir beantragen daher, dass ein Teil der zusätzlich von Kreis und Land bereitgestellten Zuweisungen und **Zuschüsse in Höhe von 72.000 Euro zweckentsprechend im Bereich der Jugendsozialarbeit eingesetzt werden.**

Eine weitere Aufstockung wollen wir bei **Ausbildungsplätzen im Sozialbereich bei der Stadt Leonberg.** Damit ergänzen wir die Anstrengungen des Landkreises am Beruflichen Schulzentrum in Leonberg Ausbildungskapazitäten in diesem Bereich zu schaffen.

Meine Damen und Herren, ein paar Worte zur **Stadtplanung.** Ein chinesisches Sprichwort sagt. *“Dem Sparsamen fällt es leichter, sich ans Verschwenden zu gewöhnen, als dem Verschwender, sich zum Sparen aufzuraffen.“* Wohl wahr. Im letzten Jahr hat dieser Gemeinderat die Sanierung der Grabenstraße beschlossen. Für 440.000 Euro soll die Sanierung der Straße und die Erneuerung der Kanalisation durchgeführt werden. Schon im letzten Jahr wollte die Verwaltung eine wesentlich teurere Lösung. Und prompt steht die **Sanierung der Grabenstraße** erneut in diesem Haushaltsentwurf mit über 760.000 Euro. Diese Planungen lehnt die GABL ab. Die Verwaltung begründet die Mehrkosten mit neuen Erkenntnissen. Eine dieser neuen Erkenntnisse in der Verwaltungsspitze ist, dass Radfahrer in Leonberg die Verkehrssituation in der Grabenstraße als schlecht einstufen. Deswegen soll gehandelt und der östliche Fußgängerbereich in der Grabenstraße verbreitert werden. Meine Damen und Herren die Radfahrersituation in der Grabenstraße aber auch in der ganzen Stadt ist unbefriedigend, stellenweise gefährlich und insgesamt zu unattraktiv. Die Radfahrer in der Grabenstraße brauchen nicht eine bergaufführende weitere Mischfläche zwischen Fußgänger und Radfahrer, sondern einen Radfahrstreifen bergab um zügig voranzukommen. Und dafür braucht man keine 300.000 Euro Mehrkosten.

Die GABL fordert den zügigen **Ausbau des Radwegekonzeptes.** Dabei sollen vordringlich Radwege entlang der Hauptverbindungsstrecken errichtet werden. Als be-

sonders neuralgischer Bereich stellt sich für die Radnutzer die neue Stadtmitte um Leo-Center und Römergalerie dar. Die dort vorhandenen Mischflächen führen zu regelmäßigen Konflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern. Daher ist eine Entflechtung notwendig.

Das **Parkhaus Marktplatz** erfordert immer wieder aufwändige Sanierungen. Nach der letzten Dickschichtlackierung sollen nun weitere 1,4 Millionen Euro notwendig werden. Wir wollen hier einen Sperrvermerk im Haushalt und detaillierte Informationen.

Meine Damen und Herren, Umweltminister Franz Untersteller hat dieser Tage die Fortschritte beim Umweltschutz betont. Landesweit sinkt die Belastung der Luft mit Schadstoffen, nur nicht in Leonberg. Die Grabenstraße bleibt auch 2011 und 2012 an der Spitze der Standorte mit den höchsten Werten für Stickoxide und Feinstaub. Mit der Umwidmung der Bundesstraße und Verlegung der B295 auf die Autobahn muss ein **Verkehrs- und Mobilitätskonzept für die Stadt neu aufgebaut werden**. Dazu gehören die angesprochenen Radwege ebenso wie der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Für die **städtischen Gebäude** fordern wir **mehr Energieeffizienz**. Häufig werden auch bei Neubauten die schlechteren Lösungen gewählt, die nur kurzfristig eine Kostenersparnis bringen, langfristig aber teurer sind und weniger zum Klimaschutz beitragen. So hätte man die neue Kindertagesstätte im Stadtpark umweltfreundlich an das vorhandene Fernwärmenetz anschließen können, anstelle einer Einzellösung.

Im Umweltbereich sind es häufig auch einfache Regelungen, die verständlich sind und zum **Schutz der Umweltressourcen** anregen. Wir wollen daher am Prinzip festhalten, die Kosten für das Trinkwasser proportional zum Verbrauch festzulegen. Einen Grundpreis lehnen wir ab.

Der Erhalt und Schutz unserer vielfältigen Landschaft im Raum Leonberg ist uns wichtig. Daher müssen die weiteren Planungen für das Gewerbe und die Wirtschaft sich an diesem Maßstab orientieren. **Innenentwicklung vor Außenentwicklung** ist das Gebot der Stunde.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Finanzbürgermeister Dr. Vonderheid. Sie haben uns einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der ohne schmerzliche Einschnitte genehmigungsfähig ist. Es ist ein Haushalt, der von stabilen Einnahmen geprägt ist, der den aufgelaufenen Investitionsstau angeht und auch Großprojekte wie die Sanierung des Hallenbades und Sportzentrums beinhaltet. Nachhaltig ist dieser Haushalt aber nicht. **Nach wie vor gibt es ein Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben. Die Verschuldung steigt weiter** und nur durch positive Annahmen im mittelfristigen Glaskugelbereich sollen diese Schulden wieder leicht abgebaut werden. In Zeiten der guten Einnahmen müssen die Schulden abgebaut werden. Es reicht nicht zu sagen, dass wenn alles so weiter läuft - die Gewerbesteuer fließt, die Zinssätze niedrig bleiben - dann können wir ein Krisenjahr überstehen.

Lassen Sie mich zum Abschluss es mit den Worten von Manfred Rommel, einem Vorgänger des neuen Stuttgarter Oberbürgermeisters Fritz Kuhn sagen:

Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Bei uns geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben, und das nennt man Realismus. Ich darf dies vielleicht in der Sprache der Mengenlehre erläutern: Wenn man aus eine Kasse, in der 100 Mark drin sind, 300 Mark rausnimmt, muss man erst wieder 200 Mark rein-tun, damit nichts mehr drin ist.